

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
193 · Ausgabe CH · März 2021
AZB 3001 Bern



«Wir brauchen dieses Gesetz – jetzt!»

Simonetta Sommaruga lanciert den Abstimmungskampf zum CO₂-Gesetz. Interview ab Seite 4

KOCHEN FÜRS KLIMA

Sterne-Koch Noah Bachofen zeigt, wie Fine Dining klimaschonend möglich ist. Zum Nachkochen. Seite 7

ARMUT IST KEIN VERBRECHEN

Erschütternd: Wer ohne roten Pass Sozialhilfe beanspruchen muss, riskiert den Verlust der Aufenthaltsbewilligung. Hilf mit im Kampf gegen dieses Unrecht! Seite 14

Liebe Genossinnen und Genossen



Letzte Woche hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat die Agrarpolitik AP22+ versenkt – auf listiges Betreiben des höchsten Bauern im Rat und unter gütiger Mithilfe zahlreicher bürgerlicher Politiker. Mit diesem Manöver haben es die Bauernvertreter geschafft, dringend notwendige ökologische Verbesserungen in der Landwirtschaft auf Jahre hinaus zu verschleppen. Glauben sie, Klimakrise und Artensterben liessen sich ebenfalls vertagen?

«Wer zahlt, befiehlt» ist mir in meiner Rolle als Mutter einer Schar von Teenagern zuwider. Grundsätzlich versuche ich, meine «Gang» mit Worten zu überzeugen. Doch gegenüber

der Bauernsamen müssen wir offensichtlich andere Saiten aufziehen.

Wir Schweizer Steuerzahlerinnen und Konsumenten leisten uns – an der Urne abgeseget – eine der teuersten Landwirtschaften weltweit, legen mehr für Lebensmittel auf den Tisch als alle unsere Nachbarn. Wir bezahlen die Bäuerinnen und Bauern gar dafür, dass sie ihre eigene Lebensgrundlage schützen. Dafür erwarten wir den «Swiss Finish», das Quäntchen Extra. Zum Beispiel eine Landwirtschaft, die auf das Tierwohl Rücksicht nimmt und gesellschaftlichen Werten entspricht.

Ganz offensichtlich sind einer Mehrzahl der Bäuerinnen und Bauern die vielen Tausend Menschen entgangen, die auf der Strasse für mehr Klimaschutz kämpfen. Sie übersehen den Trend hin zu mehr vegetarischer oder gar veganer Ernährung. Und die Auswirkungen der Klimakrise auf den eigenen Feldern wollen sie auch nicht wahrhaben.

Im Juni stimmen wir über die Trinkwasser- und die Pestizid-Initiative ab. Vielleicht hören die Bäuerinnen und Bauern dann wieder mal hin, was die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger von ihnen erwarten. Ich für meinen Teil habe mit der AP 22+ jedoch gelernt: Wer zahlt, befiehlt. Und stimme zwei Mal Ja.

Freundlich grüsst
eure Pia Wildberger

PS: Auf den folgenden Seiten finden sich gute Argumente für das CO₂-Gesetz und ein klimaschonendes Rezept aus der Sterneküche von SP-Mitglied Noah Bachofen. Mein Tipp: Kocht es nach – bei diesem wunderbaren Gericht und einem Glas Wein hebt sich die Laune trotz der bürgerlichen Entscheide in Bundesbern.

INHALT

- 4 **«Wir entscheiden jetzt, wie unser Land im Jahr 2030 aussehen wird»**
Simonetta Sommaruga erklärt im Interview die wichtigsten Eckpunkte der CO₂-Vorlage, über die im Juni abgestimmt wird.
- 7 **Kochen fürs Klima**
SP-Mitglied und Spitzenkoch Noah Bachofen zeigt, wie's geht. Mit Rezept zum Nachkochen.
- 8 **Corona-Krise und kein Ende**
Was unsere Fraktion im Parlament erreicht hat. Eine Einordnung.
- 9–12 **Berichte aus den Kantonen**
- 13 **AHV-Reform: Hände weg von den Frauenrenten!**
314 187 Unterschriften gegen eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen.
- 15 **Skandalöser Ausweisungsgrund: Armut**
Wie Herr G. als gesunder Mensch in die Schweiz kam, als Gerüstbauer hier seine Gesundheit ruinierte und dann weggewiesen wurde.
- 17 **Strukturreform: Wir wollen uns für die Zukunft wappnen**
Die Diskussion um neue Strukturen ist lanciert.
- 18 **Worüber sich Neumitglied Sonja Egger aufregt**
- 19 **Merci Michael!**
Co-Generalsekretär Michael Sorg zum Abschied.



Griffiger Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative in Aussicht

Seit bald drei Jahren wird die von der SP wesentlich mitgetragene Transparenzinitiative wie eine heisse Kartoffel unter der Bundeshauskuppel hin- und hergeschoben. Doch nun kommt Zug in den Kamin: Der Nationalrat hat einen griffigen Gegenvorschlag verabschiedet. Sämtliche Zuwendungen über 15 000 Franken an Parteien, Wahl- und Abstimmungskomitees sollen offengelegt werden. Der Name von Spenderin oder Spender sowie die Höhe der Spende müssen bekannt gemacht werden. Der Nationalrat schlägt ausserdem stichprobenartige Kontrollen dieser Angaben vor.

Damit liegt der Gegenvorschlag des Nationalrats zwar unter der Offenlegungsschwelle von 10 000 Franken, die die Initiative fordert. Auch wären eigentlich umfassendere Kontrollen notwendig. Doch der Vorschlag stellt in den Augen des Trägervereins der Initiative einen akzeptablen Minimalkompromiss dar.

Nun hat es der Ständerat in der Hand, diesem Gegenvorschlag zum Durchbruch zu verhelfen. Bereits am 29. März berät seine Staatspolitische Kommission das Geschäft, und im Sommer kommt es in die kleine Kammer.

Kriegsmaterialexporte florieren

Während andere Exporte aufgrund der Pandemie markante Einbussen verzeichnen, floriert die Schweizer Rüstungsbranche. Für über 900 Millionen Franken exportierte die Schweiz letztes Jahr Kriegsmaterial, 24 Prozent mehr als im Vorjahr. Treiber der Kriegsgeschäfte waren laut dem Seco Indonesien, Dänemark, Botswana und Rumänien. So leistet sich Indonesien ein Flugabwehrsystem made in Switzerland, und Dänemark, Botswana und Rumänien gepanzerte Radfahrzeuge aus der Schweiz.

Gemäss Recherchen der Wochenzeitung «WoZ» verfügen 156 Unternehmen über Generalausfuhrbewilligungen für sogenannte besondere militärische Güter, die nicht offensiv im Gefecht zum Einsatz kommen. Diese Güter erscheinen ebensowenig in der offiziellen Seco-Statistik für Kriegsmaterialexporte wie Dual-Use-Produkte, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Diese Güter erscheinen ebensowenig in der offiziellen Seco-Statistik für Kriegsmaterialexporte wie Dual-Use-Produkte, die sowohl militärisch als auch zivil genutzt werden können. Unter «besondere militärische Güter» fallen beispielsweise Aufklärungsdrohnen mit einem Autopiloten des ETH-Spin-offs «weControl». Sie wurden gemäss «Defense

News» von den französischen Streitkräften in Afghanistan eingesetzt.

Allein im Jahr 2019 wurden besondere militärische Güter für über drei Milliarden Franken ausgeführt – rund vier Mal mehr als in der Seco-Statistik für Kriegsmaterialexporte ausgewiesen. Auch in den Vorjahren wurde ein Mehrfaches der Kriegsmaterialexporte über Generalausfuhrbewilligungen exportiert.

Die SP will hier mehr Transparenz zu schaffen. Unsere Nationalrätin Priska Seiler-Graf hat daher in der Frühlingssession eine Motion eingereicht. Wir sind gespannt, wie sich die Statistiken des Bundes in diesem brisanten Geschäft entwickeln. → [ruestungsreport.ch](https://www.ruestungsreport.ch)

Botschaftsasyl wieder einführen!



Keine Tausend Kilometer von hier, an der bosnischen Grenze zu Kroatien, kommt es immer wieder zu entsetzlichen Szenen: Flüchtende

– Familien und Einzelpersonen – werden brutal am Grenzübergang in den Schengenraum gehindert. Im Mittelmeer ertranken in den vergangenen sieben Jahren 21 000 Menschen. Das sind zehn Personen am Tag. Und das Elend in den Flüchtlingslagern an den Rändern Europas nimmt kein Ende.

Abhilfe kann hier die Wiedereinführung des Botschaftsasyls schaffen. Politisch Verfolgte könnten so bereits im Herkunftsland in der Schweiz Asyl beantragen. So liesse sich auch ein geordnetes Asylverfahren gemäss den in der Schweiz geltenden Kriterien durchführen.

«Dieses Drama wird auch durch unsere Gesetzgebung mitverursacht», schreiben Samira Marti und Daniel Jositsch in Vorstössen, mit denen sie die Wiedereinführung des Botschaftsasyls fordern. Denn auch Menschen mit berechtigten Ansprüchen seien gezwungen, sich unter Lebensgefahr, illegal und mithilfe krimineller Schlepperbanden nach Europa und in die Schweiz zu kämpfen, um einen Asylantrag stellen zu können. «Diesem Drama muss ein Ende gesetzt werden.»

1. Mai: Zeit für die soziale Wende!



Es ist absehbar: Die 1.-Mai-Anlässe und Kundgebungen finden dieses Jahr auf der Strasse, vor allem aber online statt. In vielen Kantonen sind die Komitees am Planen. Der SGB wird zahlreiche Aktionen live übertragen. Informationen dazu werden rechtzeitig in den sozialen Medien, in euren Sektionen und Kantonalparteien mitgeteilt. In der aktuellen Krise ist die soziale Wende wichtiger denn je!

Auf Unternehmensbesuch in Winterthur drehte Simonetta Sommaruga eine Runde in einem Elektro-Lastwagen. Das CO₂-Gesetz fördert die Umstellung auf E-Mobilität, auch für schwere Laster.

«Wir brauchen dieses Gesetz – jetzt!»

IM JUNI KOMMT DAS CO₂-GESETZ VORS VOLK. BUNDESRÄTIN SIMONETTA SOMMARUGA ERKLÄRT IM INTERVIEW DIE GRUNDZÜGE DIESER WICHTIGEN VORLAGE. Interview: Gaël Bourgeois, Léon de Perrot, Pia Wildberger

Wir führen das Gespräch über Skype. Arbeitest du auch im Homeoffice?

Ja, mindestens einen Tag in der Woche, manchmal sind es auch zwei. Ich will mir vorstellen können, wie es den Leuten geht, die schon lange im Homeoffice arbeiten. Jetzt bin ich jedoch nicht im Homeoffice (Simonetta sitzt vor einem Wandteppich mit Schweizerkreuz).

Wie erlebst du die Vor- und Nachteile?

Zuhause arbeiten ist unkompliziert. Aber man muss sich gut organisieren, damit nicht die ganze Wohnung zum Büro wird. Und nach einem Homeoffice-Tag muss ich manchmal abends einfach noch kurz raus. Mit Kindern und ohne Balkon ist alles noch viel schwieriger.

Wie war dein Präsidentschaftsjahr?

Es war ein ganz aussergewöhnliches Jahr, wie für alle Leute. Der Bundesrat fällte in enormem Tempo einschneidende Entscheidungen. Ich war sehr froh, dass es mein zweites Präsidentschaftsjahr war und ich Erfahrung in der Leitung der Bundesratssitzungen hatte. Ich wusste, wie man trotz allem die Kontakte mit den Kantonen, mit der Wirtschaft, mit den Sozialpartnern und den Parteien aufrechterhält. Alain und ich arbeiteten hervorragend zusammen und brachten immer wieder ein, was für uns beide wichtig ist,

nämlich der Schutz der Bevölkerung und die Unterstützung für Menschen, die wegen der Pandemie wirtschaftlich in sehr schwierigen Situationen stecken.

Schauen wir in die Zukunft. Im Juni stimmen wir über das CO₂-Gesetz ab. Bis 2020 hätte die Schweiz 20 Prozent der Treibhausmissionen einsparen sollen, geschafft haben wir bloss 14. Bis 2030 sollen nun 50 Prozent eingespart werden. Ist das nicht illusorisch?

Überhaupt nicht. Genau deshalb engagiere ich mich für das Gesetz. Wir brauchen es, damit wir bis ins Jahr 2030 unseren CO₂-Ausstoss mindestens halbieren. Wir entscheiden jetzt darüber, wie unser Land im Jahr 2030 aussehen wird. Und vor allem tun wir es so, dass es nicht nur dem Klima, sondern auch der Bevölkerung dient.

Wir stecken in einer tiefen Wirtschaftskrise. Woher soll das Geld kommen?

Wir haben in den letzten zehn Jahren für den Import von Öl und Gas 80 Milliarden Franken an die Ölkonzerne im Ausland bezahlt. Ich möchte, dass dieses Geld in der Schweiz bleibt und wir bei uns in Arbeitsplätze mit Zukunft investieren. Erdöl, Kohle und Gas sind am Ende. Jetzt müssen wir die Weichen richtig stellen. Mit dem neuen Gesetz investieren wir in Infrastrukturen und in den

Service public. Das Gesetz unterstützt zum Beispiel die Anschaffung von Elektrobusen im ÖV oder den Bau von Fernwärmenetzen durch Städte und Gemeinden.

Können wir uns das CO₂-Gesetz leisten?

Ja. Wenn wir nichts fürs Klima tun, kostet das noch viel mehr. Zudem schaffen wir mit

DV: GEMEINSAM DIE GESELLSCHAFT VERÄNDERN

An der Delegiertenversammlung vom 8. Mai 2021 kreuzen Mitglieder des Klimastreiks und SP-Exponent:innen auf dem Podium die Klinge: Sind die Institutionen zu träge, um überhaupt rasch genug auf die drohende Klimakatastrophe reagieren zu können? Welche Massnahmen braucht es? Die Diskussion läuft im Vorfeld zur Resolution der Geschäftsleitung «Gemeinsam die Gesellschaft verändern» (Traktandum 9), die auf eine Unterstützung des Klimastreiks und der nationalen Klimakundgebung vom 21. Mai abzielt. Denn wir glauben an die Kraft der Veränderung, die von den Bewegungen der Zivilgesellschaft ausgeht!

Schalte dich zu – die Delegiertenversammlung übertragen wir live unter [sp-ps.ch](https://www.sp-ps.ch)

dem Gesetz Arbeitsplätze bei uns. Davon profitieren zum Beispiel Sanitär-, Heizungs- und Elektrotechniker, der Cleantechsektor oder die Baubranche. Kaum ein anderes Umweltschutzgesetz wurde je so breit von der Wirtschaft mitgetragen. Dass die Erdöllobby dagegen ankämpft, ist keine Überraschung.

Trotzdem: Wer wird die Rechnung bezahlen?

Wer aus Klimasicht auf grossem Fuss lebt, bezahlt mit dem Gesetz drauf. Wer zum Beispiel mehrmals pro Jahr mit dem Flugzeug reist, wird stärker belastet. Das ist aber nur eine kleine Minderheit. Das Gesetz ist fair und sozial ausgestaltet. Zwei Drittel der Abgaben, die mit dem CO₂-Gesetz erhoben werden, fliessen an die Bevölkerung zurück. Bei der Flugticketabgabe wird die Hälfte zurückerstattet. Die Rückerstattung erfolgt pro Person. Das heisst, Familien mit Kindern bekommen auch für jedes Kind Geld zurück. Deshalb ist das Gesetz auch familienfreundlich.

Der Finanzplatz hat die grössten Auswirkungen auf den CO₂-Ausstoss weltweit. Warum hat es keine griffige Massnahme dazu im Gesetz?

Der Finanzplatz ist tatsächlich zentral. Er steht gesellschaftlich und wirtschaftlich massiv unter Druck, sich zu bewegen. Man spricht bereits heute von Klimarisiken, wenn eine Bank oder eine Versicherung in veraltete Technologien investiert. Im Moment setzt das Gesetz noch auf Freiwilligkeit, aber wenn dies nicht zum Ziel führt, dann kommt eine Regulierung. Das unterstützt der Bundesrat.

Es wird eine Flugticketabgabe geschaffen, aber Flugbenzin ist von Steuern ausgenommen. Warum?

Wir müssen jetzt auf Lösungen setzen, die wir rasch umsetzen können. Dazu zählt die Flugticketabgabe. Für die Besteuerung von Kerosin wäre eine Verfassungsänderung nötig. Darum bin ich froh, dass sich die SP für die Flugticketabgabe eingesetzt hat. Eine unabhängige Studie hat gezeigt, dass zehn Prozent der Bevölkerung mit der Flugticketabgabe unter dem Strich mehr bezahlen. Der Rest hat wegen der Rückerstattung keine Mehrkosten zu befürchten. Ausserdem werden mit dem CO₂-Gesetz auch die Nachtzüge unterstützt – mit Geld aus der Flugticketabgabe.

In Europa kann man anstelle des Flugzeugs den Zug nehmen. Doch Leute, die in Randregionen mit schlechtem ÖV leben, haben keine Wahl. Sie sind auf das Auto angewiesen.

Darum gibt es auf Benzin nach wie vor keine CO₂-Abgabe. Mit dem CO₂-Gesetz erhöht sich aber der Druck auf die Autobranche, ef-

fizientere Autos zu importieren. Davon profitiert nicht nur das Klima. Es profitieren auch jene, die auf das Auto angewiesen sind. Denn mit effizienteren Autos sinken die Ausgaben fürs Benzin.

Gewisse Randregionen, etwa Berggebiete, sind schon heute vom Klimawandel betroffen. Was ist da geplant?

Das Gesetz sieht für Randregionen eine Unterstützung vor, denn diese sind vom Klimawandel besonders betroffen. Das Parlament hat darauf geachtet, den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken.

In Gebäudesanierungen steckt viel Klimapotenzial. Wer in einer Altbauwohnung wohnt, hat meist keinen Einfluss auf die Investitionen, die getätigt werden, bezahlt aber am Ende mehr.

Diese Angst ist unbegründet. Eine Studie hat gezeigt, dass klimafreundliche Sanierungen gerade bei älteren Gebäuden dazu führen können, dass die Gesamtkosten für die Miete sinken. Mieterinnen und Mieter profitieren dann nämlich von deutlich tieferen Heizkosten. Grundsätzlich ist es so, dass Mieterinnen und Mieter von der Vorlage finanziell kaum betroffen sind. Das sagt auch der Mieterverband.

Woher soll der Strom kommen?

Unser Fraktionschef, Nationalrat Roger Nordmann, hat ein tolles Buch geschrieben, das ich nur empfehlen kann. Er zeigt darin auf, wie wir mit Sonnenenergie die AKW abstellen und die Heizung sowie die Mobilität elektrifizieren können. Wir wollen bei den einheimischen erneuerbaren Energien stärker werden. Das Potenzial der Sonne ist enorm. Wenn wir die geeigneten Dächer in der Schweiz nutzen, können wir doppelt so viel Strom produzieren wie alle AKW zusammen. Es gibt übrigens auch Schweizer Firmen, die Solarpanels herstellen. Und die Installation bedeutet Aufträge für KMU, für Elektriker, Installateure und Gebäudetechniker – alles Arbeitsplätze mit Zukunft.

Die Speicherbatterien für Elektroautos funktionieren nur mit Ressourcen, die unter teils ausbeuterischen Verhältnissen in Entwicklungsländern gefördert werden.

Als ehemalige Präsidentin der Entwicklungshilfeorganisation Swissaid bin ich für diese Thematik sehr sensibilisiert. Die Batterietechnologie muss sich weiterentwickeln, und sie macht grosse Fortschritte auch dank der Forschung in der Schweiz, die ganz vorne mit dabei ist. Die Produktion von Batterien wird ökologischer, und Batterien werden zunehmend wiederverwendet oder recycelt. Übrigens: Bei den Solarpanels gilt schon heute, dass 95 Prozent der Solarpanels recycelt werden können.

Was passiert, wenn das Gesetz abgelehnt wird?

Wir würden klimapolitisch um Jahre zurückgeworfen – und wir würden die Chance verpassen, unsere Zukunft klimafreundlich zu gestalten. Wir brauchen deshalb dieses Gesetz, jetzt! Damit wir im 2050 klimaneutral sind, gibt es noch viel zu tun. Jetzt müssen wir die Weichen richtig stellen.



AUF EINEN BLICK

Das CO₂-Gesetz bildet einen ersten, wichtigen Schritt hin zur Halbierung des CO₂-Ausstosses in der Schweiz bis 2030.

Mit dem CO₂-Gesetz

- werden die Abgaben auf Brennstoffe erhöht.
- werden Abgaben auf Flugtickets und auf Flüge mit Privatjets eingeführt.
- wird ein überwiegender Teil dieser Abgaben an die Bevölkerung rückvergütet. Familien mit Kindern erhalten mehr Geld.
- werden nationale Gebäudestandards geschaffen und der Einbau von neuen Ölheizungen de facto untersagt.
- wird ein Klimafonds zur Finanzierung von klimafreundlichen Investitionen und Technologien geschaffen.
- werden in Rand- und Bergregionen Klima-Massnahmen finanziert.
- werden alternative Energien gefördert.
- werden Nachtzüge unterstützt.
- leisten wir einen Beitrag zu einer intakten Welt für nachkommende Generationen.

Darum: Ja zur Klimagerechtigkeit – Ja zum CO₂-Gesetz!



Fine Dining: Wenn alles verarbeitet wird

WAS MACHT SPITZENGASTRONOMIE KLIMAFREUNDLICH? STERNE-KOCH UND SP-MITGLIED NOAH BACHOFEN VOM RESTAURANT MAGDALENA IN RICKENBACH HAT ES DER LINKS-REDAKTION ERKLÄRT. Pia Wildberger

«Am wichtigsten ist die Leidenschaft», sagt Noah Bachofen und schnippelt rasant eine Scheibe Sellerie. Der 26-jährige Sous-Chef kocht leidenschaftlich gut – so gut, dass das junge Team im Restaurant Magdalena in Rickenbach (SZ) letztes Jahr auf Anhieb 15 Gault-Millau-Punkte und zwei Michelin-Sterne holte. «Das war eine Überraschung», sagt er bescheiden.

Eine Überraschung mit Ansage, wenngleich das Fine Dining zu Beginn seiner Karriere nicht im Vordergrund stand. Neben seiner Arbeit als Diätkoch im Spital Lachen (SZ) holte er bei verschiedenen nationalen Kochwettbewerben immer wieder Medaillen, etwa beim Swiss Culinary Cup oder bei Marmite Youngster.

Am 1. März 2020 öffnete das neu renovierte Magdalena mit Sous-Chef Noah Bachofen die Tore – und musste zwei Wochen später in den Lockdown. Dennoch machte die Kunde von der besonders guten Küche und dem einzigartigen Ambiente rasch die Runde: Im modernen Teil ist die Aussicht auf den Lauerzersee berauschend, und im hinteren Teil geniessen die Gäste das Essen in der historischen Schankstube mit Holzwänden aus

dem 14. Jahrhundert. «Wir waren meistens ausgebucht», sagt Bachofen, «und kommen darum heute einigermassen über die Runden.»

Klimaschonende Küche

Was macht die Küche besonders klimafreundlich? «Wir stellen Gemüse in den Mittelpunkt», wirbt das Magdalena auf seiner Website. «Wir produzieren kaum Abfälle», sagt Noah Bachofen. Bereits bei der Menüplanung werden die Schnittabfälle eingerechnet, etwa für Fonds oder Eingelegtes. Und «selbstverständlich» stammt das Gemüse aus biologischem Anbau, kommen die saisonalen Zutaten aus der Gegend, vieles gar aus Rickenbach selbst.

Wer auf diesem Niveau kocht, verfügt gewöhnlich über wenig Freizeit. Dennoch findet SP-Mitglied Noah Bachofen unter normalen Umständen Zeit, sich in anderen Restaurants inspirieren zu lassen oder mit Kollegen die Weine rund um den Genfersee zu degustieren. Weshalb ist er in der SP? «Ich diskutiere gerne und finde es wichtig, sich mit anderen zu solidarisieren, zum Beispiel mit dem Pflegepersonal.»

Manchmal kocht er für die Freundin und die alte WG «verschiedene Apéro-Sachen mit richtig feinem Brot, sodass man lange am Tisch sitzen bleibt». Meistens aber steht er in der Küche des Magdalena, plant die Menus, kreierte einzelne Gerichte, pröbelt hier und dort – immer mit Leidenschaft.

DAS MENÜ DER ZUKUNFT

Die Art und Weise, wie wir uns ernähren, ist für rund einen Drittel der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich. Wir wissen es alle: Für unseren Fleischkonsum wird Regenwald abgeholzt und Soja angebaut, das den Tieren als Kraftfutter verfüttert wird. Ausserdem landet ein grosser Teil der Ernte im Abfall, wobei am meisten Food-Waste in Privathaushalten anfällt. Dagegen lässt sich etwas tun. Was sollen wir essen und wie können wir nachhaltig kochen, damit wir unseren CO₂-Ausstoss reduzieren? Renommiertere Köchinnen und Köche stellen in dieser Serie eines ihrer nachhaltigen Lieblingsrezepte vor.

Urdinkel-Risotto

Zutaten für 4 Personen:

- 300 g Urdinkel «Kernotto»
- 1 kleine Zwiebel
- Rapsöl
- 1 kleines Stück Knollensellerie (60 g)
- 4 Krautstiele aus der Region
- Bouillon
- Wenig Rahm
- 1 Glas guter, trockener Weisswein aus der Gegend
- Ein wenig geraffelter, würziger Käse aus der Region
- Nach Belieben: eingelegte Selleriescheibchen

Zubereitung:

1. Zwiebel, Sellerie und das Weisse der Krautstiele in regelmässige kleine Würfel schneiden.
2. Zwiebel und Urdinkel im Rapsöl andünsten, mit Weisswein ablöschen.
3. Sellerie und Krautstiele (weiss) zugeben. Sobald der Weisswein vollständig eingekocht ist, mit der Bouillon aufgiessen und 30 Minuten köcheln lassen.
4. 5 Minuten vor Ende der Garzeit das Grün der Krautstiele in sehr feine Streifen schneiden und in Öl und Essig marinieren. Eingelegte Selleriescheibchen bereitstellen.
5. Rahm dem Urdinkel zugeben, mit Salz und Pfeffer abschmecken und auf dem vorgewärmten Teller anrichten.
6. Das Kernotto mit dem Krautstiel-Grün und – nach Wunsch – eingelegten Selleriescheibchen anrichten, ein paar Käseflocken darüber streuen – Bon appétit!

Für eingelegten Sellerie:

- 6 dl Essig
- 200 g Zucker
- 1 Liter Wasser
- 20 g Salz

Alle Zutaten mit Selleriescheibchen aufkochen, über Nacht einlegen. Haltbar im Glas.



Urs Niggli, **Alle satt? Ernährung sichern für 10 Milliarden Menschen**, Residenz-Verlag 2021. Erhältlich in deiner Lieblingsbuchhandlung.

Die Landwirtschaft muss ökologischer werden

Wie lassen sich künftig 10 Milliarden Menschen klimaschonend ernähren? Indem sich die Landwirtschaft grundlegend verändert, und damit auch unsere Ernährung. Eines vorneweg: Das Rind ist nicht an allem schuld.

Urs Niggli hat sich als Bio-Pionier international einen Namen gemacht. Er ist bekannt für die Vision einer Biolandwirtschaft, die – wissenschaftlich abgestützt – Tradition mit neusten Technologien in Einklang bringt. In seinem soeben erschienenen Buch «Alle satt?» spinnt er die Geschichte der Agrarwissenschaften von ihren Anfängen in die Zukunft weiter: Dereinst könnten winzige Sonden in den Pflanzen den Wasserbedarf messen. Und Kühe in gläsernen Hochhäusern weiden. Niggli deckt unzählige Widersprüche der modernen Landwirtschaft auf, ob in der Schweiz, in Bolivien oder in Tibet, und klammert dabei den biologischen Anbau nicht aus. Er kommt zum Schluss, dass Bio-Produkte nicht die gesamte Weltbevölkerung ernähren können, wenn der Konsum nicht gedrosselt wird. Im Bio-Landbau sind die Erträge schlicht zu tief und die Kosten zu hoch. Bemerkenswert ist, dass Niggli dem Rind ein Kränzchen windet. «Wegen ihrer fantastischen Fähigkeiten haben Kühe dem Menschen auch in unwirtlichen Gegenden das Überleben ermöglicht.» Denn auf zwei Dritteln des weltweit für die Ernährung genutzten Landes – etwa in Berggebieten oder Steppen – sei der Ackerbau sowieso unmöglich.

Radikale Veränderung in der Landwirtschaftspolitik

Urs Niggli verklart den Biolandbau nie, bleibt immer kompromiss- und lösungsorientiert. Im letzten Kapitel – «Handeln wir!» – stellt er an die Adresse von Regierungen, Betrieben und Konsumentinnen sieben konkrete Forderungen, wie die Landwirtschaftsproduktion grundlegend neu gedacht werden müsste. «Alle satt?» ist eine lohnende, gut zugängliche Lektüre, auch im Hinblick auf die Abstimmungen zu den Trinkwasser- und Pestizid-Initiativen im Juni.

STAND PUNKT



Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

Tatkräftig auf allen Ebenen

Die Politik der SP ist dann wirksam, wenn wir auf Bundesebene, in den Kantonen und auf Gemeindeebene an einem Strick ziehen. Ziel der in diesem Heft vorgestellten Statutenrevision ist es, den Austausch der SP Schweiz mit den Kantonalparteien und den Sektionen zu stärken. Gemeinsam wollen wir eine fortschrittliche, soziale und ökologische Politik formulieren und umsetzen.

Kürzlich führten wir mit dem Netzwerk «Gemeingut Boden» eine Informationsveranstaltung für Kommunalpolitiker:innen durch. **Motto: Boden behalten, Gemeinden gestalten! Denn eine Gemeinde ohne Landreserven hat wenig Handlungsspielraum: Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus? Unterstützung des lokalen Gewerbes? Bau einer Kinderkrippe? Fehlanzeige. Hingegen kann eine Gemeinde, die Land im Baurecht abgibt, Bevölkerung und Gewerbe wirksam unterstützen und erst noch Einnahmen erzielen.**

Das Netzwerk «Gemeingut Boden» lancierte in vielen Gemeinden Bodeninitiativen, so auch in Basel. Die Initiative forderte die öffentliche Hand auf, keine weiteren Grundstücke zu verkaufen, sondern diese Nutzerinnen und Nutzern im Baurecht abzugeben, falls kein Eigenbedarf besteht. Die Initiative wurde 2016 deutlich angenommen.

Viele Gemeinden realisieren heute, was für ein Fehler der Verkauf des Tafelsilbers war. Umso populärer sind die Anliegen von «Gemeingut Boden». Denn der Wunsch nach Handlungsfähigkeit in der Gemeinde verbindet über Parteigrenzen hinweg. Nur Leute, die immer noch glauben, dass weniger Staat mehr Freiheit bedeute, können sich dieser Argumentation entziehen.

In der SP Schweiz besteht seit anderthalb Jahren das «Netzwerk Kommunalpolitik». Die Gruppe, die sich an SP-Exekutivmitglieder in kleinen Gemeinden richtet, hat den bodenpolitischen Anlass mitorganisiert. Im Netzwerk findet ein regelmässiger fachlicher und handwerklicher Austausch statt. Gute Beispiele, Tipps und Tricks haben ebenso Platz wie solidarische Unterstützung unter Kolleginnen und Genossen. Wer Interesse hat, kann sich melden!



Zähes Ringen um das Covid-Gesetz

SCHEIBCHENWEISE MUSSTE DIE SP DEN BÜRGERLICHEN ZUGESTÄNDNISSE ABRINGEN, DAMIT DIE EXISTENZEN ZEHNTAUSENDER GESICHERT WERDEN KÖNNEN. DOCH WAS HAT DIE SP GENAU ERREICHT? HIER EINE EINORDNUNG. DAS COVID-GESETZ KOMMT IM JUNI VORS VOLK.

Zuerst kämpften wir im Parlament für die Selbständigerwerbenden sowie die kleinen und mittleren Unternehmen. Dann stritten wir für indirekt Betroffene, die ohne Unterstützung nicht über die Runden kommen – vom Physiotherapeuten bis zur Schwimmlehrerin. Obwohl mittlerweile Tausende Gewerbetreibende wirtschaftlich am Abgrund stehen, musste die SP den Bürgerlichen und dem Bundesrat jedes einzelne Zugeständnis in zähen Verhandlungen abringen. Weiterhin lassen die Bürgerlichen Selbstständige, Gewerbetreibende, Kulturschaffende und Kurzarbeitende im Regen stehen.

Fast konnten wir auch für die Mieterinnen und Mieter von Geschäftsliegenschaften eine Erleichterung bewirken. Dem Gewerbe hätte dies 60 Prozent Mietnachlass gebracht. Im Schlusspurt gewann jedoch die Immobilienlobby. Dies, obwohl der Teilerlass die Immobilieneigentümer gerade einmal zwei



Jacqueline Badran, Nationalrätin ZH

Prozent der Einnahmen aus einer Jahresmiete gekostet hätte.

Darum brauchte es die Härtefallregelung. Denn die Lohnkosten sind im Gewerbe grossenteils über die Kurzarbeitsentschädigung gedeckt. Es bleiben die Fixkosten – und da geht es vor allem um die Mieten.

Zwischenbilanz

In der Frühlingssession erreichten wir einiges:

1. Die (von uns errungene) Erhöhung der Kurzarbeitsentschädigung für Menschen mit tiefen Löhnen wurde verlängert: Wer weniger als 4300 Franken verdient, erhält 100 Prozent Kurzarbeitsentschädigung.
2. Rückwirkend auf den 1. Januar 2021 (anstatt auf den 1. Juli) tritt die neue Übergangsrente in Kraft, so dass ältere ausgesteuerte Menschen nicht Sozialhilfe beziehen müssen.

3. Selbständigerwerbende können bei einem Umsatzrückgang von 30 Prozent einen Einkommensersatz geltend machen (vorher mindestens 40 Prozent).
4. Neu können Unternehmen, die mindestens 40 Tage geschlossen wurden oder einen Umsatzrückgang von mindestens 40 Prozent erlitten, Entschädigungen von bis zu 25 Prozent des Umsatzes geltend machen. Dabei handelt es sich um À-fonds-perdu-Beiträge von maximal 10 Millionen Franken pro Unternehmen.
5. Die SP hat einen Schutzschirm für die Eventbranche geschaffen: Bund und Kantone bezahlen eine Ausfallentschädigung für Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung, sollten diese von den Behörden verboten werden. So kann die Eventbranche Veranstaltungen mit langen Vorlaufzeiten planen, was Hunderttausenden von Betroffenen eine Perspektive gibt.
6. Neu sind auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler entschädigungsberechtigt.



Pia Wildberger

Leider ist es immer noch so, dass die Höhe der Entschädigungen vom Sitz des Unternehmens oder dem Wohnort der Betroffenen abhängig ist. Einzelne Kantone sind grosszügiger als andere. Auch bleibt die Schwelle für die Härtefallentschädigungen mit 40 Prozent Umsatzrückgang viel zu hoch.

Faktisch berappen nun die Steuerzahlenden die Mieten beziehungsweise die Gewinne der Immobilieneigentümer, denn bei rund 90 Prozent der ungedeckten Fixkosten in Restaurants, Läden oder Fitnessstudios geht es um Mieten. Das zeigt schonungslos die finanzpolitische Verantwortungslosigkeit der Bürgerlichen.

Jetzt sind die Kantone gefordert, damit die Beiträge und Entschädigungen unkompliziert ausbezahlt werden können. Alles Geld der Welt nützt nichts, wenn es nicht rechtzeitig zu den Menschen kommt. Und vergessen wir nicht: Jede andere Massnahme zur Verhinderung von Konkursen und Arbeitslosigkeit kostet viel mehr als die À-fonds-perdu-Beiträge.

Seit Monaten geschlossen: Restaurants, Fitnessstudios, Theater, Konzertsäle, Clubs.

BS und BL: Bestens geeignet für einen gemeinsamen «Mobility-Pricing-Pilot»

Der Bundesrat hat kürzlich kommuniziert, dass er das Konzept des Mobility Pricings in verschiedenen Städten in der Schweiz prüfen will, und die rechtlichen Grundlagen für Pilotversuche zum Mobility Pricing in die Vernehmlassung geschickt. Die Einführung eines Mobility Pricings hat das Potenzial, das Mobilitätsverhalten mit Blick auf den Klimaschutz und eine optimierte Nutzung der Verkehrsinfrastrukturen nachhaltig zu beeinflussen. Eine Modellierung für den Kanton Zug hat gezeigt, dass mit einer preislichen Steuerung der Mobilität der Individualverkehr in der Hauptverkehrszeit um 9 bis 12 Prozent und die Auslastung des öffentlichen Verkehrs um 5 bis 9 Prozent gesenkt werden könnte. Dies hätte sowohl eine positive Wirkung auf den CO₂-Ausstoss als auch auf den Ausbaubedarf bei den Verkehrsinfrastrukturen.

Beim Studium der Dokumente des Bundes gewinnt man allerdings den Eindruck, dass mit Mobility Pricing vor allem eine neue Finanzierungsquelle für den Strassenbau gesucht wird. Diese neue Finanzierungsquelle soll die mit zunehmender Elektromobilität sinkenden

Einnahmen aus der Mineralölsteuer kompensieren.

Basel-Stadt hat sich beim UVEK für ein Pilotprojekt gemeldet. Noch ist aber nicht klar, welche Projekte realisiert werden. Die Machbarkeitsstudien sollen bis 2022 vorliegen. Sie laufen parallel zum Gesetzgebungsprozess, damit die Pilotprojekte rasch starten können, sobald das neue Gesetz 2024 in Kraft tritt.

Gemeinsames Vorgehen gewünscht

Wichtig ist uns, dass unsere beiden Kantone gemeinsam vorgehen. In Basel-Stadt hat die Regierung bereits beschlossen, sich für einen Pilotversuch zu bewerben, in Basel-Land noch nicht. Deshalb hat die SP im Landrat einen Vorstoss eingereicht, in dem sie die Regierung bittet, die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt zu suchen und gemeinsam an einem Pilotversuch teilzunehmen.

Die daraus resultierenden Erkenntnisse könnten auf nationaler Ebene mithelfen, das Modell des Mobility Pricings weiterzuentwickeln. Dabei muss die ernsthafte Suche nach einer zukunftsweisenden und ökologischen Verkehrssteuerung in urbanen Siedlungsräumen



Thomas Noack, Landrat



Jean-Luc Perret, Grossrat

im Zentrum stehen und nicht die Suche nach einer neuen Geldquelle für den Strassenbau.

Um dieses Ziel zu erreichen, müssen für den Pilotversuch die richtigen Randbedingungen formuliert und dann als relevante Fragestellungen untersucht werden. Aus Sicht der SP müssen folgende Ziele gesetzt werden:

- Mobility Pricing muss primär die regionalen mobilitätsspezifischen Ziele unterstützen.
- Mobility Pricing muss dazu beitragen, die Kostenschere zwischen immer teurerem ÖV und immer billigerem MIV zu schliessen.
- Um die Attraktivität des ÖV nicht zu mindern und Mobility Pricing sozialverträglich auszugestalten, dürfen die Preise für den ÖV auch in Stosszeiten nicht steigen. Falls Mobility Pricing auch im ÖV zu einer Glättung der Verkehrsspitzen führen soll, müssen die Tarife zu Randzeiten gesenkt und nicht jene zu Spitzenzeiten angehoben werden.
- Mobility Pricing muss zwingend eine Rückverteilung der Mittel an die ökologischen Mobilitätsformen (ÖV, Fuss- und Veloverkehr) beinhalten, um das Ziel der Verlagerung effektiv zu erreichen.

Wohnraum schützen – Airbnb regulieren

AIRBNB, BUSINESS/SERVICED APARTMENTS UND ANDERE ANGEBOTE SIND WEITER AUF DEM VORMARSCH. IN DER STADT LUZERN WERDEN RUND 300 WOHNUNGEN VON PROFESSIONELLEN UND KOMMERZIELLEN ANBIETERN ONLINE ZU LUKRATIVEN PREISEN ANGEBOTEN.



Micha Amstad,
Parteisekretär
SP Stadt Luzern

Diese Wohnungen fehlen auf dem Wohnungsmarkt und dienen ausschliesslich Tourismus und Geschäftsreisen. In der Neustadt beispielsweise sind ganze Gebäude bei der Renovation auf solche kommerziellen Kurzzeitvermietungen ausgelegt worden. Durch das Fehlen dieses Wohnraums werden gleichzeitig die Mieten in diesen stark betroffenen Quartieren nach oben getrieben. Aus diesem Grund haben Luzernerinnen

und Luzerner immer mehr Schwierigkeiten, in ihrer Heimatstadt eine Wohnung zu finden. Eine Entwicklung, die Sorgen bereitet. Es ist höchste Zeit, dass wir dieses Problem in den Griff bekommen.

Wahrgenommen wird diese Dringlichkeit offensichtlich auch von der Stadtregierung. Der Stadtrat schlägt zur Lösung des Problems und zur Verbesserung der Situation die Einführung einer Obergrenze vor: Maximal 2 Prozent der Wohnungen sollen für kommerzielle Kurzvermietungen zugelassen werden. Damit verbessert sich die Situation in der Stadt Luzern aber nicht. Im Gegenteil: Diese 2 Prozent ermöglichen sogar eine Ausweitung des Angebots. Aus diesem Grund ist für die städtische SP klar: Der Vorschlag des Stadtrates taugt nicht zur Lösung des Problems. Wir brauchen eine effektive und zielführende Herangehensweise, welche die

Entwicklung zugunsten der Bevölkerung korrigiert. Wir fordern deshalb vom Stadtrat einen Vorschlag, der die weitere Ausbreitung von kommerziellen Kurzzeitvermietungen verhindert und so die Luzerner Bevölkerung vor diesen negativen Auswirkungen auf das Wohnungsangebot tatsächlich schützt. Es braucht einen Tourismus der auf Qualität setzt und der Bevölkerung zugute kommt.

«Es ist Zeit, dass wir die Probleme mit Airbnb in den Griff bekommen.»

Mitglieder der SP Stadt Luzern haben sich deshalb in einer Projektgruppe zusammengeschlossen. Diskutiert werden die Haltung der Partei und unser Vorgehen. Das Ziel steht fest: Die Bevölkerung muss mitsprechen können.

Pflegepersonal soll 5 Prozent mehr Lohn erhalten

IN EINER MOTION FORDERN WIR, DIE LÖHNE DES PFLEGEPERSONALS IN DEN SPITÄLERN ANZUHEBEN. DURCH EINE VERKNÜPFUNG MIT DEN BEDINGUNGEN FÜR DIE AUFNAHME IN DIE SPITALLISTE KANN DER KANTON HÖHERE LÖHNE FÜR ALLE SPITÄLER FÜR VERBINDLICH ERKLÄREN.

Damit wird verhindert, dass staatseigene Spitäler wettbewerbsverzerrende Nachteile hätten, wie sie bei einer Einführung nur für das Luzerner Kantonsspital (LUKS) eintreten würden.

Konkret würde der Paragraph 4 des Spitalgesetzes mit einem Passus ergänzt, welcher der Regierung erlaubt, Mindestvorgaben für die Anstellungsbedingungen zu definieren. In der Folge wird der Regierungsrat bei Annahme des Vorstosses dazu verpflichtet, die Löhne auf Verordnungsebene um 5 Prozent anzuheben. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Anerkennung der Leistung des Pflegepersonals. Zudem ist es eine Notwendigkeit, um längerfristig den Bedarf an Arbeitskräften decken



zu können. Wir haben einen akuten Mangel an Pflegepersonal und dessen Leistungen im vergangenen Jahr waren eindrücklich. Es ist an der Politik, endlich ein Zeichen zu setzen. Da die Löhne des Spitalpersonals massgebend sind, werden auch alle anderen Pflegeangestellten davon profitieren.

Das LUKS hingegen erachtete eine Prämie von 150 Franken für den Einsatz während der Corona-Pandemie als ausreichend. Das ist ein derart mickriges Zeichen, dass es schon wieder als Geringschätzung wahrgenommen werden muss – zumal in anderen Spitälern oder staatsnahen Betrieben vierstellige Prämien ausbezahlt wurden.

David Roth, Kantonsrat

AGENDA SP KANTON LUZERN

3. Mai 2021

Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

26. August 2021

Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

19. Oktober 2021

Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

27. Oktober 2021

Sektionskonferenz | 18.30 Uhr

18. November 2021

Parlamentarier*innen-Treffen | 19.15 Uhr

GEMEINDEWAHLEN 2020

Linksrutsch in Gemeinden der Kernregion Bern

IM HERBST 2020 FANDEN ZAHLREICHE GEMEINDEWAHLEN STATT. DIE SP KONNTE IN DER KERNREGION BERN VIELERORTS ZULEGEN ODER SICH AUF SEHR HOHEM NIVEAU HALTEN. IN DEN FOLGENDEN KURZBEITRÄGEN ÄUSSERN SICH DREI PARTEIPRÄSIDENT*INNEN ZU DEN WAHLERFOLGEN UND DAZU, WELCHE ELEMENTE ZUM SIEG BEIGETRAGEN HABEN.

SP Belp

Wir haben im letzten Herbst unseren Stimmenanteil von 25 auf rund 29 Prozent heben können und mit einem zusätzlichen Sitz im Gemeinderat (Exekutive) mit den Mitteparteien die Mehrheit erobert, was im bürgerlich dominierten Belp eine absolute Neuheit ist. Folgende Puzzleteile haben wohl zu diesem Erfolg beigetragen: Die Listenverbindung mit den Grünen war entscheidend dafür, dass wir das Restmandat geholt haben. Zudem wurde in der Partei jedes Jahr Geld auf die Seite gelegt, um uns im Wahljahr eine aufwendige Kampagne leisten zu können. Mit unserer Parteizeitung «Die Lupe», die wir zweimal jährlich herausgeben, legten wir den Grundstein, um auch ausserhalb des Wahljahres bei der Bevölkerung präsent zu sein. Es ist uns wichtig, darin über Positives, das wir erreicht oder angestossen haben, zu berichten, aber auch über das, was wir noch erreichen wollen. Wenn möglich bauen wir unsere Kandidat*innen darin während rund eines Jahres auf. Wir haben das Glück, einen Drucker/Layouter im Vorstand zu haben, der uns Druckerzeugnisse herstellt, die ein modernes und verlässliches Bild unserer Partei transportieren. Gute Fotos sind enorm wichtig. Wildes Plakatieren (Format F4) an den Dorfeingängen und in privaten, gut ein-

sehbaren Gärten ist sehr aufwendig, aber bestimmt wirksam.

Was zu guter Letzt auch wichtig war, aber nicht in unserer Hand lag: Die Bürgerlichen haben einen lauen Wahlkampf geführt, der den unseren in seiner Wirkung verstärkt hat.

Kristin Arnold, Präsidentin SP Belp

SP Münchenbuchsee

Wir waren in Münchenbuchsee auf vielfältige Weise sehr präsent: bei Strassenaktionen, mit SP-Velos, die unseren Wahlslogan trugen, mit Plakaten, die unsere Kandidierenden zeigten, und einer gelungenen Wahlzeitung, in der sie sich und unsere sozialen und ökologischen Themen vorstellten. Wir hatten volle Listen. Alle Bisherigen traten erneut zur Wahl an. Sie und die Neuen waren ein Abbild der Bevölkerung: von Jung bis Alt, aus verschiedenen Berufsgruppen und Quartieren. Viele Kandidierende machten an den Strassenaktionen mit, verteilten unzählige Flyer mit Fotos. Etliche liessen sich zu zweit oder dritt auf einer Wahlkarte abbilden und verteilten diese in die Haushalte. Als Give-away liessen wir «Pflästerli»-Schachteln mit unserem Wahlslogan bedrucken. Ein Hit war die Velopump-Aktion: Einige Kandidaten pumpten den Leuten die Fahrräder, kamen

dabei mit ihnen ins Gespräch und verteilten dazu Sattelschoner mit SP-Logo. Wir von der SP Buchsi waren unübersehbar, traten in Kontakt mit der Bevölkerung und nahmen auch grüne Themen auf, weil diese uns ein Anliegen sind.

Irene Hügli, Präsidentin SP Münchenbuchsee

SP Meikirch

«Mir hole 3 Sitze u ds Vizepräsidium». So lautete die klare Kampfansage unseres Wahlleiters im Frühsommer. Und zu diesem Zeitpunkt wussten wir noch nicht einmal, dass so viele in der Gemeinde verankerte Kandidat*innen an den Gesamterneuerungswahlen des Gemeinderats vom 8. November 2020 teilnehmen würden. Es lässt sich durchaus erklären, weshalb wir so stark zulegen konnten und erstmals zur klar stärksten Partei in der Landgemeinde Meikirch wurden. Neu sind 3 von 7 Sitzen und das Vize-Gemeindepräsidium von der SP besetzt.

Unser Wahlmotto «Meikirch – gesund und vielfältig» konnte von A bis Z durchgezogen werden, was zu einem starken Wiedererkennungseffekt führte. Mit Give-aways und Postkarten passten wir uns am besten der Coronasituation an und verzichteten bewusst auf direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Zudem konnten wir durch die frühzeitige Bekanntgabe der Kandidat*innen (Lela Gautschi Siegrist, Karin Fisli, Jonas Ammann und Noah Zbinden) bereits im Sommer in den Medien präsent sein.

Noah Zbinden, Co-Präsident ad interim SP Meikirch



Die Wahlkampfvelos der SP Münchenbuchsee.

Dank der SP: Härtefallhilfen auch für kleinere Firmen

WIE EINE MEDIENMITTEILUNG, EINE ENGAGIERTE GENOSSIN UND EIN COIFFEUR-BESUCH ZU EINER MOTION FÜHRTEN, MIT WELCHER DIE SP DIE GRUNDLAGE DAFÜR LEGTE, DASS AUCH FIRMAN MIT EINEM JAHRESUMSATZ ZWISCHEN 50 000 UND 100 000 FRANKEN AUF HÄRTEFALLHILFEN HOFFEN KÖNNEN: WIR ZEIGEN UNS EINMAL MEHR ALS DIE FORTSCHRITTLICHE PARTEI, DIE FÜR MÖGLICHST GROSSE FREIHEITEN FÜR ALLE KÄMPFT, FÜR EIN SOZIALES GEMEINWESEN UND FÜR MODERNE ARBEITS- UND LEBENSFORMEN.

Als der Berner Regierungsrat am 15. Januar 2021 über eine Medienmitteilung ankündigte, dass er die angepasste Verordnung für von der Corona-Pandemie betroffene Unternehmen auf Montag, 18. Januar 2021, in Kraft setzte und dabei die Eckwerte des Bundes weitgehend übernehme, freute das nicht nur viele Unternehmerinnen und Unternehmer, sondern auch viele Arbeitnehmende und auch uns von der SP. Endlich war der Kanton Bern in der Lage, Härtefallhilfen für Unternehmen, die von der Pandemie betroffen waren, auszubehalten und damit die Berner Wirtschaft wirkungsvoll zu stützen.

Regierungsrat legt höheren Mindestumsatz fest

Dass Bern neben Obwalden als einziger Kanton die Hürde für solche Entschädigungen auf einen Mindestumsatz von Fr. 100 000.- festlegte, stiess uns in der Parteileitung der SP aber schon sauer auf. Alle andern Kantone übernahmen den vom Bund vorgeschlagenen Minimalumsatz von Fr. 50 000.-, ganz zu schweigen von Kantonen wie Freiburg, die Unternehmen zusätzlich erlauben, Lohnan-

teile, welche nicht über den Erwerbbersatz gedeckt sind, in den Umsatz miteinzurechnen. Die Berner Regierung begründete ihren Entscheid folgendermassen: «Um eine möglichst grosse Wirkung der staatlichen Unterstützung zu erreichen und Mitnahmeeffekte zu begrenzen, sollen diejenigen Unternehmen unterstützt werden, die einen wesentlichen volkswirtschaftlichen Beitrag leisten und deren Tätigkeit mindestens die Auszahlung eines existenzsichernden Einkommens erlaubt.»

Respektlos gegenüber Kleinunternehmen

Nach dem leer Schlucken, dem Überschlafen übers Wochenende und dem Rückfragen bei der Regierung beschlossen Grossrätin Sarah Gabi-Schönenberger und ich, im Namen der SP die dringliche Motion «Keine kantonalen Verschärfungen bei Härtefallhilfen» einzureichen. Dass eine bürgerliche Regierung nur volkswirtschaftlich relevanten Unternehmen finanziell unter die Arme greifen will, überrascht ja sicher niemanden. Dass aber diese Regierung kleinen Unternehmen die Fähigkeit abspricht, ein existenzsicherndes

Einkommen zu generieren, ist ganz einfach eine Beleidigung für alle Kleinunternehmer und Kleinunternehmerinnen, wie zum Beispiel für meinen Coiffeur.

SP schafft Mehrheiten

Während dieser mir die vor Ärger noch grauer gewordenen Haare schnitt, erhärtete sich meine Annahme, dass er mit seinem Einzelunternehmen einen Jahresumsatz von unter Fr. 100 000.- macht, aber damit trotzdem eine dreiköpfige Familie ernähren und sich erst noch in einem Hilfsprojekt engagieren kann. Coiffeure sind in der zweiten Welle nicht von Einschränkungen betroffen. Während des Haarschneidens festigte sich aber auch meine Gewissheit, dass es zahlreiche Kleinbetriebe gibt, zum Beispiel in der Gastro-Branche oder im Kulturbereich, die mit ähnlichen Umsätzen ein existenzsicherndes Einkommen generieren. Würden die bürgerlichen Ratsmitglieder dem Regierungsrat folgen und die Motion ebenfalls ablehnen? Ich war gespannt auf die Behandlung des Vorstosses in der ersten Sessionswoche. Und siehe da: Das Anliegen genoss breite Unterstützung und wurde mit deutlichem Mehr überwiesen. Nun ist es am Regierungsrat, diesen Auftrag rasch umzusetzen. Zum Glück sorgte mein Ärger für einmal nicht nur für mehr graue Haare, sondern auch für einen wichtigen Beschluss.



Mitte März, vor der Bundeskanzlei: SP und SGB reichen den Appell gegen die Kürzung der Frauenrenten ein, den über 300 000 Menschen unterschrieben haben. Im Bild: Mattea Meyer.

Die Altersvorsorge am Scheideweg

FRAUEN ERHALTEN HEUTE UM EIN DRITTEL TIEFERE RENTEN ALS MÄNNER. UND NUN WOLLEN DIE BÜRGERLICHEN DIE AHV AUF DEM BUCKEL DER FRAUEN SANIEREN. DAS IST NICHT NUR RESPEKTLOS, SONDERN GRUNDFALSCH.

Jedes Jahr sinken die Renten aus den Pensionskassen. Insbesondere die Frauenrenten sind tief. Doch statt etwas dagegen zu unternehmen, geht das Parlament in die entgegengesetzte Richtung. Es will aus der AHV 21 eine Abbauvorlage zulasten der Frauen machen.

Die Bürgerlichen haben die Warnrufe des Frauenstreiks 2019 offenbar vergessen. Sie verschliessen sich der Altersrealität der Frauen, die immer noch rund ein Drittel weniger Rente erhalten als Männer. Dabei leisten sie den grössten Teil der Pflege- und Sorgearbeit, vielfach unentgeltlich. Dies fliesst kaum in die Berechnung der Renten ein. Obwohl auch Frauen ihr Leben lang arbeiten, beziehen sie im Alter oft sehr tiefe Renten.

Sollte die AHV-Reform auf dem Buckel der Frauen ausgetragen werden, wird die Opposition riesig sein. Das hat der dringende Appell «Hände weg von den Frauenrenten» eindrücklich gezeigt. Innerhalb weniger Tage unterzeichneten über 300 000 Menschen den Aufruf gegen die Erhöhung des Frauenrentenalters und sprachen sich damit auch gegen eine Kürzung der Frauenrenten aus. Dieser Appell bildet nicht nur ei-



Pierre-Yves Maillard, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und Nationalrat VD

nen neuen Sammel-Rekord, sondern setzt auch ein deutliches Zeichen: Wir brauchen eine Reform, die die AHV-Rente verbessert, damit diese endlich den Lebensbedarf von allen angemessen deckt.

Wichtiges Gegenprojekt

Seit Jahren wollen die bürgerlichen Parteien die AHV-Leistungen zurückfahren, während gleichzeitig die Renten der Pensionskassen sinken. Das ist der falsche Weg: In Krisenzeiten eine Deflationslogik zu verfolgen, ist nicht nur für die Betroffenen verheerend, sondern auch volkswirtschaftlich verantwortungslos. Während die Reserven der Nationalbank ins Unermessliche steigen, geraten Frauen mit tiefen Renten noch mehr unter Druck. Das ist nicht nur respektlos, sondern auch falsch.

Die Zinsen für sichere Bundesobligationen sind negativ. Pensionskassenexperten zeichnen für die kommenden Jahre und Jahrzehnte ein düsteres Bild. Wer dies ignoriert, fährt unsere Altersvorsorge gegen die Wand. Wenn wir jetzt nicht handeln, werden die Renten im Alter bald nicht mehr für ein Leben

in Würde reichen. Umso wichtiger werden unsere eigenen Gegenprojekte. Die SGB-Initiative für eine 13. AHV-Rente kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.

In der Beruflichen Vorsorge (BVG) hingegen haben wir mit dem Arbeitgeberverband einen guten Kompromiss ausgehandelt, der einerseits die Frauenrenten verbessert und andererseits zur finanziellen Sanierung beiträgt. Die Gewerkschaften bieten Hand für konstruktive Lösungen. Aber noch mehr Ungerechtigkeit werden wir dezidiert bekämpfen.

JETZT FÜR DIE 13. AHV UNTERSCHREIBEN

Die Forderung der Initiative zur 13. AHV des Gewerkschaftsbundes ist knapp und klar: Es besteht ein Anspruch auf einen zusätzlichen Zwölftel der jährlichen Altersrente. Und dieser Zuschlag darf nicht zu einer Reduktion der Ergänzungsleistungen führen. Denn wir finden: Wer ein Leben lang gearbeitet hat, verdient eine gute Rente! Bitte unterzeichne die beiliegende Karte oder unterschreibe unter bit.ly/13xAHV-SP

«Wenn wir kämpfen, haben wir Gegner»

In einer Aktion färbte Extinction Rebellion die Limmat in Zürich grün.

MUSS SICH DER KAMPF DER LINKEN FÜR EINE BESSERE WELT ANGESICHTS DER HEUTIGEN HERAUSFORDERUNGEN VERÄNDERN? SP-NATIONALRÄTIN SAMIRA MARTI UND ALEXANDRA GAVILANO VON EXTINCTION REBELLION WAREN SICH IM DENKNETZ-GESPRÄCH LÄNGST NICHT IMMER EINIG.

Wie kämpfen wir für unsere Rechte und Ziele? Diese Frage diskutierten SP-Nationalrätin Samira Marti und Alexandra Gavilano, Umweltwissenschaftlerin und Aktivistin bei Extinction Rebellion. Das Gespräch fand im Rahmen der Kosmopolitics-Reihe des Denknetzes statt und wurde von Andi Rieger moderiert.

Der politische Kampf kann und soll ganz unterschiedliche Formen annehmen und von verschiedenen Akteuren vorangetrieben werden – durch Demonstrieren, Streiken, Debattieren, Mobilisieren, das Motivieren anderer, zivilen Ungehorsam und ja, natürlich auch parlamentarische Arbeit. Gesellschaftlicher Wandel lässt sich nur in einer solchen verbindenden Vielfalt realisieren. Ohne den Druck von der Strasse bewegt sich das Schweizer Parlament nicht. Taktisch gewiefte Politikerinnen und Politiker sind sich dessen bewusst.

Sollen die Mächtigen ungeschoren davonkommen?

Der Moderator brachte linken Populismus ins Spiel: Zuspitzung der



Pascal Zwicky,
Geschäftsführer Denknetz

Konflikte, Benennung der Gegnerschaft, Emotionen. Interessanterweise verzichtet Extinction Rebellion bewusst auf Personalisierungen («Wir vermeiden Schuldzuweisungen und Beleidigungen»). Es stimme zwar, dass das «System» das Problem sei. Deshalb auch die unbestrittene Notwendigkeit eines «System Change». Samira Marti hingegen zeigte sich dem Linkspopulismus gegenüber aufgeschlossener: «Wenn wir kämpfen, haben wir Gegner!»

Doch sollen die Blochers, Zuckers, Zuckerbergs und Thiams dieser Welt tatsächlich so leicht davonkommen? Gavilano betonte, dass wir auch individuell unsere Privilegien reflektieren und Verantwortung übernehmen müssten. Gilt dieser Anspruch nicht auch und ganz besonders für mächtige Personen, die mächtige Interessen vertreten? Entscheidungsträgerinnen und -träger müssen mit Widerstand rechnen.

Was bei Gavilano auffiel: Staat, Politik, Wirtschaft – alles schien pauschal problematisch, dem «normalen Leben» irgendwie entrückt. Demokratische Innovationen wie eine

«Bürger:innendemokratie» könnten jedoch, sinnvoll eingesetzt, belebend wirken. Die Reflexion von Widersprüchlichkeiten, Ambivalenzen und Machtverhältnissen, die jede Gesellschaft durchziehen, kam hier insgesamt zu kurz.

Schaler Nachgeschmack

Extinction Rebellion möchte die Menschheit neu formen, neue Werte und neue Arten des Zusammenlebens finden. Das ist nicht falsch, aber es bleibt ein schaler Nachgeschmack – den «neuen Menschen» wollten schon andere, mit entsprechenden Folgen. Muss die sozial-ökologische Transformation nicht am Bestehenden anknüpfen und die Menschen dort abholen, wo ein grosser Teil von ihnen nun mal ist?

Die Debatte geht weiter, das Denknetz bleibt dran.

Das ganze Gespräch ist als Podcast und als Video unter dem Titel «Fight for your right» auf Spotify und unter denknetz.ch abrufbar.



In den Grossstädten stehen Menschen, die durch alle Maschen fallen, für Essen an. Der Gang zum Sozialamt könnte sie ihr Aufenthaltsrecht kosten. Im Bild: Genf, im Mai 2020.

Armut ist kein Verbrechen

Die Bürgerlichen ziehen die Schrauben im Ausländerrecht immer weiter an. Neu kann es sein, dass ein:e Ausländer:in nach jahrzehntelangem Aufenthalt in der Schweiz den C-Ausweis verliert und das Land verlassen muss – bloss weil er oder sie in eine finanzielle Notlage geriet und Sozialhilfe beanspruchen musste!

Über zwei Millionen Frauen, Männer und Kinder wohnen und arbeiten in der Schweiz und zahlen hier Steuern, ohne den Schweizer Pass zu besitzen. Viele von ihnen sind hier geboren oder als Kinder in die Schweiz gekommen. Doch aus Angst, die Schweiz, ihre «neue» Heimat, verlassen zu müssen, verzichten sie immer öfter selbst in grosser Not auf die Unterstützung durch die Sozialhilfe.

Die Corona-Krise verschärft die Probleme. Sogar Menschen, die bisher gut durchs Leben kamen, müssen plötzlich um ihre Existenz bangen. Es ist höchste Zeit, konkrete Schritte gegen die Verschärfungen zu unternehmen.

Die SP Schweiz setzt sich darum gemeinsam mit 60 Organisationen – von Migrationsvereinen über Gewerkschaften bis zu Rechtsvertretungen – mit einem offenen Brief an den Nationalrat gegen unmenschliche Verschärfungen des Ausländerrechts ein.

Unterschreibe auch du den offenen Brief hier: [poverty-is-not-a-crime.ch](https://www.poverty-is-not-a-crime.ch)

WER IST VON EINER WEGWEISUNG BETROFFEN? WELCHE SCHICKSALLE STEHEN HINTER DEN ANONYMEN ENTSCHEIDEN DES MIGRATIONSAMTS? STELLVERTRETEND FÜR VIELE HABEN WIR ZWEI FÄLLE AUFGEARBEITET.

Zum Beispiel Herr G., 60, aus Portugal – Er arbeitet von 2001 bis 2012 ununterbrochen als Gerüstbauer auf Schweizer Baustellen. Während dieser Zeit muss er kein einziges Mal zum Arzt. 2012 geht sein Arbeitgeber Konkurs und Herr G. gelingt es nicht, wieder eine feste Stelle zu finden. Zunächst arbeitet er einige Jahre im zweiten Arbeitsmarkt, dann teilt ihm das Sozialamt mit, dass er wegen seiner schlechten Gesundheit nicht mehr dazu verpflichtet sei. Wegen der schweren Arbeit als Gerüstbauer leidet Herr G. an Lähmungen in den Füßen, chronischen Rückenschmerzen und Kniearthrose. Trotzdem wird sein IV-Gesuch abgelehnt. Er sei zwar nicht als Gerüstbauer, jedoch in «angepasster, wechselbelastender Tätigkeit» zu 100 Prozent arbeitsfähig. Im Alter von 60 Jahren findet er keine Stelle mehr in einer «angepassten Tätigkeit», etwa einem Büro.

Herr G. möchte sehr gern arbeiten, wenn er könnte. Das Sozialamt bestätigt stets, dass er seiner Schadenminderungspflicht vollumfänglich nachkomme. In Portugal hat Herr G. kein Beziehungsnetz mehr. Er war seit neun Jahren nicht mehr dort. Dennoch widerruft das Migrationsamt die Niederlassungsbewilligung von Herrn G. wegen Verlusts der «Arbeitnehmereigenschaft» beziehungsweise wegen Sozialhilfebezugs. Herr G. kam als gesunder Mann in die Schweiz und wird als Kranker weggewiesen. Sein Rekurs ist erfolgreich und er darf bleiben.

Zum Beispiel Frau F. aus dem Balkan – Sie folgt vor 13 Jahren im Rahmen des Familiennachzugs ihrem hier niedergelassenen Ehemann. Das Paar hat zwei Kinder, die beide in der Schweiz geboren werden und heute elf und neun Jahre alt sind. Nach 12 Jahren Ehe trennt sich Frau F. von ihrem Ehemann, der seit Jahren drogenabhängig ist, was die Familie stark belastet. Nur dank dem grossen Einsatz der Mutter funktioniert das Familiensystem und können sich die Kinder trotz der Suchterkrankung ihres Vaters sehr gut entwickeln. Die Primarlehrerinnen der Kinder schreiben sehr engagierte Berichte und loben Frau F. als sehr zuverlässige und vorbildliche Mutter. Die Kinder kommen stets pünktlich mit gelösten Hausaufgaben zum Unterricht und unterscheiden sich in nichts von Schweizer Kindern. Frau F. ist bestens vernetzt mit Schweizer Nachbarinnen und spricht gut Deutsch.

Der Ehemann hat nichts zum Einkommen der Familie beigetragen. Seit fünf Jahren arbeitet Frau F. 50 Prozent als Reinigungskraft und versucht, ihr Pensum zu erhöhen. Das Einkommen reicht für die Familie jedoch nicht aus, und sie muss Sozialhilfe in Anspruch nehmen. Die Sozialberatung attestiert Frau F., dass sie ihrer Schadenminderungspflicht vollumfänglich nachkomme. Das Migrationsamt ist jedoch der Ansicht, dass von einer erfolgreichen Integration keine Rede sein könne. Grund für diese Einschätzung ist einzig die Sozialhilfeabhängigkeit. Deshalb verfügt es die Wegweisung aus der Schweiz, auch für die beiden Kinder, die den Balkan nur aus sehr seltenen Ferien kennen. Frau F. hat auf dem Balkan keine Angehörigen mehr, auch ihre Mutter lebt in der Schweiz. Frau F. hat einen Anwalt genommen und den Entscheid angefochten. Der Ausgang ist ungewiss.

Mehr Demokratie wagen!

Viele sozialdemokratischen Parteien in Europa sind bezüglich Wähler:innenanteile auf einem historischen Tief angelangt. So auch bei uns. Das wollen wir nicht einfach hinnehmen. Das neue Parteipräsidium ist auch deshalb unter dem Titel «Aufbruch» angetreten, um diesen Trend umzukehren. Es braucht eine Neugestaltung der Partei, denn die heutigen Strukturen sind wenig geeignet, diesen notwendigen Aufbruch zu ermöglichen. Ziele sind einerseits mehr Wirkung und Durchsetzungskraft der Partei, andererseits mehr Mitar-

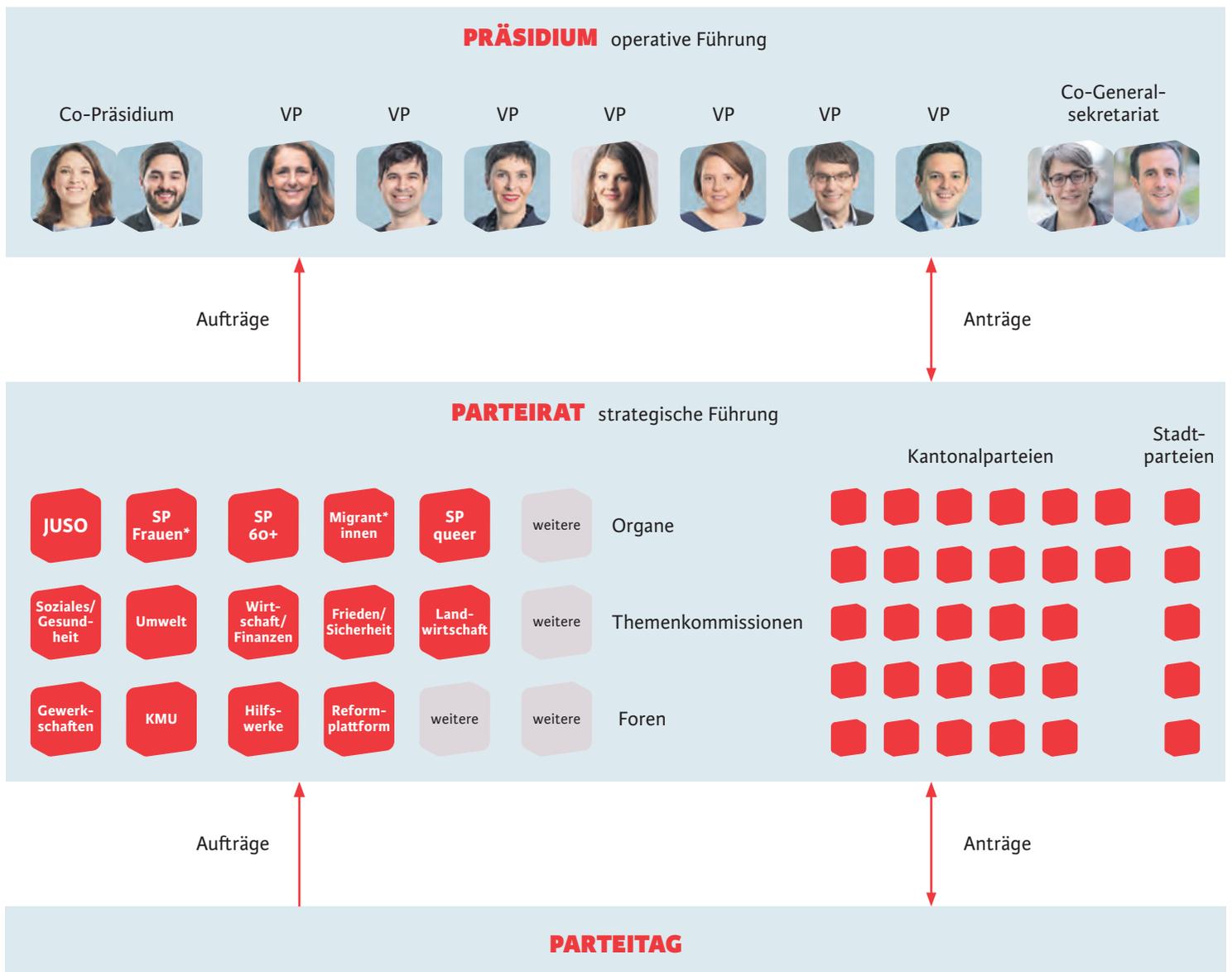
Vom Gesamtpräsidium:
Mattea Meyer, Cédric Wermuth, Jacqueline Badran, Samuel Bendahan, Barbara Gysi, Ronja Jansen, Ada Marra, Roger Nordmann, Jon Pult, Michael Sorg und Rebekka Wyler

beit und Mitbestimmung der Partebasis. Die SP soll zum spannendsten Ort werden, an dem gemeinsam, Antworten für die drängenden Fragen der Zukunft entwickelt werden. Die Partei soll deutlich näher zusammenrücken. Mit kantonalen und kommunalen Projekten sowie durch bessere Zusammenarbeit über die ganze Partei hinweg soll die SP als Ganzes gestärkt werden.

Drei neue Orte des Engagements

Wir schlagen drei neue Gefässe vor, wo sich Basismitglieder, Fachleute und Parlamentarier:innen al-

ler Stufen engagieren können, um so das geballte Wissen in unserer Partei endlich besser nutzen und koordinieren zu können. Die Themenkommissionen sollen die bisherigen Fachkommissionen ablösen. Sie sind breiter abgestützt, niederschwelliger zugänglich und ermöglichen Wissensaufbau, Austausch und ein konzertiertes Vorgehen der Kantone untereinander, aber auch zwischen nationaler, kantonaler und kommunaler Politik. Die Foren sind eine neue Form der Zusammenarbeit innerhalb der Partei, die sowohl thematisch als auch im Sin-



VP: Vizepräsidentin oder Vizepräsident. Der Parteirat umfasst ca. 75 Personen. Der Parteitag umfasst ca. 1100 Personen.

ne einer politischen Strömung orientiert sein können. Und schliesslich sollen die Arbeitsgruppen als niederschwellige Form des inhaltlichen Austauschs erstmals statutarisch verankert werden.

Zwei Eckpfeiler der Strukturreform

Weil wir mehr Demokratie und Beteiligung wagen wollen, schlagen wir euch zwei Eckpfeiler für eine umfassende Strukturreform vor. Sämtliche Orte des Engagements in unserer Partei werden neu in einem **Parteirat** zusammengefasst und verpflichtet in die strategische Politikformulierung einbezogen: Die Kantonalparteien, die Organe, die Themenkommissionen, die Foren. Der neue Parteirat ersetzt die Geschäftsleitung sowie die Koordinationskonferenz und ist deutlich breiter und repräsentativer. Für eine verstärkte Mitbestimmung der Parteibasis soll der **Parteitag** gestärkt werden. Er soll neu künftig nicht nur alle zwei Jahre, sondern zweimal im Jahr stattfinden und damit die Delegiertenversammlungen ersetzen. Auf diese Weise wird der Einbezug der Basis stark verbessert.

Wir wissen, dass die Entwicklung unserer Partei nicht allein durch Strukturreformen gelingt. Aber die geplante Reform wird die Transformation erleichtern, indem sie Türen öffnet, die bisher verschlossen waren. Alle diese Vorschläge werden nun im April und Mai in Vernehmlassungs- und Austausch-Runden mit Kantonalparteien, Organen und weiteren Gruppen innerhalb unserer Partei breit diskutiert. Schliesslich entscheidet der ausserordentliche Parteitag vom 28. August in St. Gallen. Wir sind gespannt auf eure Meinung!

REFORMPLATTFORM

Sozialliberale Reformplattform gründet Verein

DIE REFORMPLATTFORM STREBT EINE OFFIZIELLE VERANKERUNG IN DEN STRUKTUREN DER SP SCHWEIZ AN UND KONSTITUIERT SICH DAHER NEU ALS VEREIN.



Daniel Jositsch,
Ständerat ZH,
Leiter der
Steuerungsgruppe
Reformplattform



Erich Fehr, Stadt-
präsident von Biel,
Mitglied der
Steuerungsgruppe
der Reformplattform

überzeugung, dass der Staat die Chancengleichheit sicherstellen und die Schwächeren schützen muss (soziales Netz), aber nicht alles besser kann als private Akteurinnen und Akteure in Gesellschaft und Wirtschaft. Die Selbstverantwortung soll ein wichtiges Element unserer Gesellschaft sein. Wir betrachten die soziale Marktwirtschaft, also wirtschaftliche Freiheit innerhalb sozialer und ökologischer Rahmenbedingungen, als Erfolgsmodell für unser Land. Wir fordern ein solides und langfristig ausgerichtetes Verhältnis zu Europa, unserem wichtigsten Handelspartner. Die europäische Einigung ist auch die Grundlage unseres Wohlstandes als kleines Land in der Mitte des Kontinents.

Das sozialliberale Gedankengut verankern

Die Reformplattform existiert seit 2016 als lose Gruppierung und hat sich schon verschiedentlich in die politische Diskussion eingebracht. Sie steht in regelmässigem und konstruktivem Austausch mit dem Co-Präsidium der Partei. In den nächsten Monaten soll aus der bisher losen Struktur ein Verein mit Statuten nach Art. 60 ff. ZGB werden, und wir streben eine offizielle Verankerung in den Strukturen der SPS an. Alle SP-Mitglieder und anderweitig Interessierte, die das sozialliberale Gedankengut teilen, sind eingeladen, unserem Verein beizutreten. Die entsprechende Möglichkeit findet sich unter: www.reform-sp.ch. Je mehr wir sind, desto stärker ist unsere Stimme!

Die SP ist eine der gestaltenden politischen Kräfte in diesem Land. Sie bezieht ihre Stärke insbesondere daraus, dass sie ein breites Spektrum links der Mitte des politischen Kompasses abdeckt und seit jeher zum Ziel hat, den Menschen in diesem Land ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben von der Kindheit bis zum Alter zu ermöglichen. Dazu gehören ein hervorragendes und kostenloses öffentliches Bildungssystem ebenso wie solide Sozialwerke, die vor den negativen Folgen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität schützen und auch im Alter die notwendige wirtschaftliche Sicherheit gewährleisten. Die SP war immer dann erfolgreich, wenn sie ausgehend von den vorstehend genannten Prinzipien mehrheitsfähige Lösungen erarbeitet und mitgetragen hat, welche für die Menschen zu spürbaren Verbesserungen im persönlichen Leben führten.

Wofür die Reformplattform steht

Die Reformplattform versteht sich als Vertretung der sozialliberalen Kräfte innerhalb der SP. Im Zentrum steht dabei die Grund-



5 Fragen an Neumitglied Sonja Egger

1. Kaum bist du der SP beigetreten, hast du fürs Stadtparlament von St. Gallen kandidiert. Wie kam das?

Beitritt und Kandidatur liefen fast zeitgleich. Ich kenne sehr viele Leute in der SP, und das Gedankengut der Partei war mir schon immer nah. Als wir uns als Familie entschlossen, in St. Gallen wohnhaft zu bleiben, stand für mich fest, dass ich mich einbringen möchte. Auf Gemeindeebene kann man etwas bewegen. Anstatt mich immer wieder über verschiedene Dinge aufzulegen, habe ich wirklich Lust, aktiv mitzudenken.

2. War die Kandidatur erfolgreich?

Leider hat es nicht geklappt. Ich habe viel in den Wahlkampf reingesteckt. Aber unsere Stadtpräsidentin ist gewählt worden, und wir haben drei sehr gute Leute ins Stadtparlament gebracht! Das ist super und freut mich sehr.

3. Worüber regst du dich auf?

Gerade in der Pandemie wird einmal mehr klar, dass die Ungleichheit der Chancen zunimmt. Zu Beginn sprachen alle von Solidarität, kurz danach war aber davon nicht mehr viel zu spüren. Das nervt mich.

4. Kannst du ein Beispiel machen?

Ich bin als Klavierlehrerin in der Bildung und in der Kultur tätig. Für viele gehört es zum guten Ton, kulturelle Anlässe zu besuchen oder die Begabtenförderung in Sport oder Musik zu unterstützen. Wenn es aber um die Breitenförderung geht, kommt der Sparhammer. In der Stadt St. Gallen werden im kommenden Schuljahr zum Beispiel die Musikschularife erhöht und der Geschwisterrabatt fällt weg. Für eine fünfköpfige Familie bedeutet dies Hunderte von Franken an Mehrkosten. Das trifft jene, die sowieso schon aufs Portemonnaie schauen müssen. Ich bin überzeugt, dass musikalische Bildung schlussendlich der ganzen Gesellschaft zugute kommt.

5. Was erwartest du von der Partei?

Viele Leute befassen sich nicht mit den Abstimmungsthemen. Im Wahlkampf haben mir auf der Strasse manche geantwortet, «ich chume nid drus» oder «interessiert mi nöd». Eine kurze Erklärung genügt oft, um diese Leute zu erreichen. Das zeigte mir, dass viele Menschen unsere Anliegen eigentlich teilen. Das beschäftigt mich. Von der Partei erhoffe ich mir, dass sie möglichst konkret und nah bei den Menschen ist.

AGENDA 2021

15. APRIL 2021
Delegiertenversammlung
SP 60+, online

1. MAI 2021
Diverse Aktionen
on- und offline

8. MAI 2021
Delegiertenversammlung
SP Schweiz, online

5. JUNI 2021
Fest 50 Jahre
Frauenstimmrecht

12. JUNI 2021
Mitgliederkonferenz
SP 60+ in Bern

19. JUNI 2021
Delegiertenkonferenz
der SP Migrant*innen

28. AUGUST 2021
Parteitag SP Schweiz
in St. Gallen

Aktuelle Infos unter
www.spschweiz.ch/agenda

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Auf Stellensuche mit 50+

D2.5.2101

29./30. April 2021, Amt für Geomatik und Vermessung, Zürich
 Inhalt: Optimierung des Bewerbungsdossiers, Vorstellungsgespräch, Hintergrundinformationen zum Arbeitsmarkt, Überbrückungsleistung, gewerkschaftliche Positionen und Forderungen
 Referenten: Rolf Summermatter (Coach/Supervisor), Daniel Lampart (SGB)

Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten

D1.9.2101

4./5. Mai 2021, Hotel Bern, Bern
 Inhalt: Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad
 ReferentInnen: Eliane Albisser (PK-Netz), Sabino Di Mambro (eidg.dipl. Pensionskassenleiter)

Meine Rechte am Arbeitsplatz praktisch erklärt

D2.2.2109

6. Mai 2021, Amt für Geomatik und Vermessung, Zürich
 Inhalt: Gesetzliche Grundlagen des Arbeitsrechts, Fallbeispiele
 Referent: Urs Egger (Unia)

Doppelte Buchhaltung: Einführungskurs

D1.8.2111

27./28. Mai 2021, Solbadhotel, Sigriswil
 Inhalt: Jahresabschluss, Vorbereitung der Revision, Budgeterstellung, Tipps zu Liquiditätsplanung, Vermögensverwaltung und Analyse der Jahresrechnung eines Vereins
 Referentinnen: Karina Baumann (Unia), Anna-Barbara Kappeler (Treuhänderin), Ezgi Karaboya (Betriebsökonomin)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

Merci, Michael!



Michael Sorg ist als persönlicher Mitarbeiter des früheren Parteipräsidenten Hans-Jürg Fehr früh in die politische Arbeit eingestiegen. Nach einer längeren Station in der Privatwirtschaft hat es ihn zum Glück wieder Richtung Politik gezogen, direkt ins Politzentrum Bern: 2013 ist Michael als Medienverantwortlicher zur SP Schweiz gestossen. Mit beeindruckendem Tempo und Leichtigkeit hat er sich auf bernischem Parkett eingelebt.

Super vernetzt und äusserst diskret, hat er seinen treffsicheren Kommunikationsstil in den Dienst der SP gestellt. Zu jedem Thema hatte und hat Michael eine klare Haltung, die er aber parteiintern nur auf Anfrage rausrückte. Umso pointierter hat er sie auf Twitter kundgetan. Immer wieder hat er es damit in die mediale Berichterstattung geschafft. Öffentlichkeit für sich selber hat er nie gesucht, für die SP immer. Und hat sie auch gefunden.

Gerne hat er sein Wissen weitergegeben, den Fraktionsmitgliedern oder an der Sommeruni in Chandolin. Auch Feierlichkeiten hat er auf knapp 2000 m ü. M. unter Beweis gestellt.

Michael hat sich äusserlich von nichts und niemandem aus der Ruhe bringen lassen. Selten hat er sich in einer politischen Beurteilung geirrt, öfters hätte er sich wohl mehr Einfluss gewünscht. Dann, wenn eine Sache zwar in die vorausgesagte, aber unerwünschte Richtung lief. Das erklärt vielleicht, warum Michael heute ein paar graue Haare mehr hat.

Von seinem strategischen Gespür, seinem handwerklichen Können und der grossen Erfahrung konnte die SP viele Jahre profitieren. Seit 2018 steuerte Michael die Geschicke der Partei als Co-Generalsekretär und sorgte zuletzt dafür, dass die Partei auch während Corona funktionsfähig blieb und sich erfolgreich und proaktiv mit Lösungen einbringen konnte. Nun zieht es Michael beruflich weiter und wieder näher zu seiner Familie nach Zürich. Herzlichen Dank für deinen grossen Einsatz und alles Gute!

Flavia Wasserfallen, Nationalrätin und ehemalige Co-Generalsekretärin

Werbung

GROUPS.SWISS



GROUPS

DAS ZUHAUSE FÜR GRUPPEN

www.groups.swiss



800 Ferienhäuser und Hotels in Europa für Familien und Gruppen, Freizeit und Beruf

Groups AG · Spitzackerstrasse 19 · CH-4410 Liestal · +41 (0)61 926 60 00

KLIMAGERECHTIGKEIT

JA ZUR



JA ZUM

CO2-GESETZ